

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 76 (1982)
Heft: 6

Vereinsnachrichten: Aus unseren Vereinigungen : oekumenische Konferenz religiöser Sozialisten : Bericht von der zweiten Arbeitstagung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus unseren Vereinigungen

Oekumenische Konferenz religiöser Sozialisten

Bericht von der zweiten Arbeitstagung

Am 5. Juni 1982 fand die zweite Arbeitstagung der Oekumenischen Konferenz religiöser Sozialisten im Kirchgemeindehaus Bern-Bethlehem statt. Markus Mattmüller begrüßte die recht zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen aus verschiedenen Teilen der Schweiz und dankte der engagierten und aktiven Kirchgemeinde für die freundliche Aufnahme. Als neues Mitglied nahm die «Fédération des chrétiens socialistes de la Suisse romande» an der Tagung teil. Die einzelnen Mitgliederorganisationen konnten auf ein aktives Jahr zurückblicken; erwähnt wurden insbesondere die Tagung der Neuen religiös-sozialen Vereinigung in Wilerbad, das Jubiläum zum 75jährigen Bestehen der NEUEN WEGE und das internationale Treffen der religiösen Sozialisten in Wien. Im geschäftlichen Teil stimmte die Konferenz einem Jahresbeitrag von Fr. 50.— für die Mitgliederorganisationen und von Fr. 5.— für Einzelmitglieder zu.

Die Tagung galt dem Thema «Kirchen und Politik, speziell im Hinblick auf unsere kirchlichen Hilfswerke». Als erster Redner sprach Pfarrer Hans Heinrich Brunner zur Thematik «Kirche wohin?». Die gleichnamige «Aktion» werde getragen von besorgten Leuten, die der Kirche vorwürfen, sie habe ihr Ziel verloren und werde von extremistischen Kräften mißbraucht. Pfarrer Brunner anerkennt, daß an der Fragestellung «Kirche wohin?» nicht vorbeizukommen sei. Wer nach dem Wohin der Kirche frage, müsse freilich vom Woher der Kirche ausgehen, nicht von den Wertvorstellungen des Staates, sondern vom Maßstab des Evangeliums: Der Staat schützt das Eigentum seiner Bürger, das Evangelium sieht im Besitz eine Gefährdung der Gemeinschaft. Der Staat privilegiert seine Bürger im Verhältnis zu den Ausländern, das Evangelium verkündet eine Brüderlichkeit, die keine nationalen Grenzen kennt. Der Staat bestraft die Rechtsbrecher, das Evangelium spricht von Vergebung. Der Staat unterhält eine Armee, das Evangelium steht auf der Seite der Gewaltfreiheit.

Die «Metanoia» darf nach Pfarrer Brunner nicht auf den Gesinnungswandel beschränkt werden, sie zielt auch auf eine Aenderung der Verhältnisse. Die biblische Botschaft braucht den «Tatbeweis». Jesus ist nicht wegen seiner Gesinnung hingerichtet worden. Gegenüber dem Vorwurf von «Kirche wohin?», daß gewisse Kreise Christentum und Sozialismus identifizierten, sei das breite Band der Gemeinsamkeiten von Christentum und Sozialismus zu betonen. Beide gehen vom Menschen als Gemeinschaftswesen aus, beide relativieren das nationale Denken, beide sind geprägt von der gleichen Friedenssehnsucht, beide sorgen sich um die gleichen Menschenrechte. Die Etikettierung der Kirche als «linkslastig» sei weitgehend nur Polemik. Im übrigen könne die Orientierung am Evangelium auch sehr konservative Konsequenzen haben, zum Beispiel in Fragen der Energiepolitik, des Umweltschutzes, der Erhaltung der Quartiere und so weiter. Wo stehen in diesen Fragen die Linken, wo die Rechten? Sind es nicht zumeist die Rechten, die den ungezügelten Fortschritt wollen? — «Kirche wohin?» bleibe eine ernste Frage auch für uns. Kirche dürfe sich nicht die Erhaltung von Privilegien zum ersten Ziel machen. In unserer Kirche der religiösen Beamten fehle weithin der Mut zur Erneuerung, schloß Pfarrer Brunner sein Einführungsreferat.

In einem anschließenden Kurzreferat betonte Men Dosch, Pressechef des Fastenopfers, daß Kirche immer politisch sei. Das Fastenopfer habe die Doppelfunktion, zu sammeln und zu informieren. Dabei zeigte er sich sehr zuversicht-

lich, daß die Informationstätigkeit des Fastenopfers über das Verhältnis zwischen dem Finanzplatz Schweiz und der Dritten Welt ohne Spendeneinbußen intensiviert werden könnte, bis hin zu einer möglichen Unterstützung der Bankeninitiative. Im Kanton Genf unterstützte das Fastenopfer bereits eine Initiative zur Erhöhung der staatlichen Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Brutto-sozialprodukts.

Als letzter Referent erläuterte Andreas Schmutz, Studentenpfarrer in Bern, die Hauptvorwürfe an die Adresse des HEKS, denen zufolge dieses Hilfswerk nur östliche Diktaturen oder sozialistische Staaten in der Dritten Welt unterstütze und sich dabei von der «Theologie der Befreiung» leiten lassen. Das HEKS bemühe sich um einen partnerschaftlichen Informationsaustausch. Im Gegensatz zu anderen Organisationen stütze es sich dabei nicht in erster Linie auf Informationen von Flüchtlingen und Dissidenten. Da ferner die traditionelle Entwicklungshilfe nichts ändere, benötige man Informationen über die politischen Ursachen des Elends in der Dritten Welt. Die Hilfswerke seien politischer geworden, und dies durchaus nicht zu ihrem Nachteil. Die Attacken gegen die Agenda von Brot für Brüder und Fastenopfer hätten diesen beiden Hilfswerken höhere Sammelergebnisse gebracht als in den Vorjahren.

Den Referaten folgte eine längere Diskussion, in der immer wieder die Frage laut wurde, ob die Hilfswerke ihre Zukunft nicht allzu optimistisch einschätzten. Nach der Mittagspause folgte die Beratung des Entwurfs «Erklärung zu 'Kirchen und Politik'», der nach Annahme einiger Abänderungsanträge einstimmig verabschiedet und auch von den Delegierten der fünf Mitgliederorganisationen ratifiziert wurde.

Irene Häberle

Erklärung zu «Kirchen und Politik»

Die Oekumenische Konferenz religiöser Sozialisten der Schweiz hat sich an ihrer Tagung vom 5. Juni 1982 in Bern mit den politischen und wirtschaftlichen Druckversuchen rechtsbürgerlicher Kreise auf die kirchlichen Hilfswerke und die Kirchenleitungen auseinandergesetzt. Zum Spannungsfeld «Kirchen und Politik» wurde die nachstehende Erklärung verabschiedet.

1. Im Zentrum der biblischen Botschaft steht eine gute Nachricht für die Benachteiligten dieser Erde: «das Reich Gottes und seine Gerechtigkeit» (Mt. 6, 33):

— Das Reich Gottes ist zwar nicht von dieser Welt, aber es ist *für diese Welt*, will in sie einbrechen, sie verändern. Christen beten nicht: Nimm uns auf in dein Reich! sondern: Dein Reich komme! Das Reich Gottes macht «alles neu» (Of. 21, 5), es ist für die bestehenden Verhältnisse «nicht Opium, sondern Dynamit» (Leonhard Ragaz).

— Das Reich Gottes verheißt uns «eine neue Erde, in der *Gerechtigkeit* wohnt» (2. Petr. 2, 13). Es überwindet jede Herrschaft von Menschen über Menschen (Mt. 20, 26) und verwandelt «Schwerter zu Pflugscharen» (Micha 4, 3).

— Das Reich Gottes ist eine gute Nachricht für die *Armen*, die Unterdrückten, die Gefangenen (Lk. 4, 1) und für die «um der Gerechtigkeit willen Verfolgten» (Mt. 5, 10). Ihnen wurde das Evangelium geschenkt, von ihren Bedürfnissen und Hoffnungen her ist es auszulegen.

Der Aufbruch, zu dem uns das Reich Gottes drängt, enthält wesentlich einen politischen Auftrag. Wir verwirklichen die Verheißungen des nahenden Gottesreichs in dem Maße, als wir bereit sind, «Mitarbeiter Gottes» (1. Kor. 3, 9) zu werden.

2. Die *Kirchen* können das Reich Gottes glaubwürdig nur verkünden, wenn sie dessen Kritik an den bestehenden Verhältnissen ernst nehmen und gegen

die System gewordene Gier einer herrsch- und mammonsüchtigen Welt prophetische Anklage erheben. Die Kirchen dürfen keine politische und gesellschaftliche, insbesondere auch keine wirtschaftliche Macht anerkennen, welche die Würde des Menschen mißachtet und ihn zum Herrschaftsobjekt degradiert. Sie müssen sich dem bestehenden Gewaltglauben an den Schutz durch Waffen widersetzen. Das Reich Gottes braucht nicht verteidigt zu werden, schon gar nicht mit Massenvernichtungsmitteln.

Die Gefahr ist groß, daß die Kirchen vor der notwendigen Gesellschaftskritik zurückschrecken und sich auf Positionen zurückziehen, die mehr mit einem Religionsersatz als mit der aufgetragenen Botschaft zu tun haben:

- Das Bekenntnis der Christengemeinde gilt nicht dem Rechtsstaat und nicht der Demokratie, so wichtig diese Prinzipien auch den Christen sein müssen, sondern dem Reich Gottes, unter dessen Gericht Rechtsstaat und Demokratie stehen, an dessen Maßstäben sie gemessen werden.
- Die Maxime kirchlichen Sprechens und Handelns heißt weder Neutralität, noch Ausgewogenheit, noch politischer Pluralismus. Kirche kann nicht neutral sein; denn Neutralität ist Verschleierung der bestehenden Ungleichheit an Macht und Einfluß. Kirche kann auch nicht auf Ausgewogenheit verpflichtet werden; denn Ausgewogenheit steht im Gegensatz zur Solidarität mit den Benachteiligten und Bedrängten. Für sie hat Kirche Partei zu ergreifen, und sei es so unerträglich einseitig wie Jesus von Nazareth in seinen Wehrufen über die Reichen und Mächtigen. Ebenso wenig kann es Aufgabe der Kirche sein, vor einem politischen Pluralismus in ihren Reihen zu kapitulieren. Sie würde sich sonst aus ihrer politischen Verantwortung stellen.
- Kirche darf ihre Botschaft nicht relativieren unter dem Vorwand, «für alle da zu sein». Sie stärkt sonst jene, die ohnehin schon mächtig sind. Besonders die Schwachen aber läßt sie leer ausgehen. Statt umgekehrt (Lk. 1, 53).

3. Der Auftrag der Christengemeinde bezieht sich nicht nur auf die personale, zwischenmenschliche, sondern auch auf die strukturelle, politische Ebene. Wer die Kirche auf die Sorge um das individuelle Seelenheil und das Christentum auf das stille Kämmerlein beschränken will, der spricht der Kirche und den Christen das Recht ab, ihrer Botschaft uneingeschränkt treu zu bleiben. Wer diesen Verrat am Evangelium gar mit politischem und wirtschaftlichem Druck durchsetzen will, der vergeht sich an der Glaubens- und Gewissensfreiheit der Christen und ihrer Gemeinde.

Die Oekumenische Konferenz religiöser Sozialisten der Schweiz verwahrt sich gegen *kirchen- und evangeliumsferne Tendenzen*, die den Kirchen das politische Mandat streitig machen oder es nach eigenem Gutdünken zurechtbiegen wollen. Sie bittet insbesondere die Kirchenleitungen und die Verantwortlichen der kirchlichen Hilfswerke, sich von den Verunglimpfungen einer auf der politischen Rechten agierenden «Aktion» nicht einschüchtern zu lassen.

Für die Authentizität des christlichen Zeugnisses spricht nicht der Beifall der Mächtigen, nicht der politische Erfolg, auch nicht die Gewinnung der formaldemokratischen Mehrheit, sondern weit eher das Gegenteil: die Anfechtung und das Kreuz. «Es muß noch einmal dazu kommen, daß man die Kirche flieht, nicht, wie man jetzt etwa hört, weil sie nur alte Sachen sage, sondern weil sie die Wahrheit sage, sehr neue und unbequeme Wahrheit: man muß uns noch einmal verfolgen und schmähen, sonst ist Gott nicht mit uns» (Leonhard Ragaz).